Rechtssache C-30/22

**Zusammenfassung des Vorabentscheidungsersuchens gemäß Art. 98 Abs. 1
der Verfahrensordnung des Gerichtshofs**

Eingangsdatum:

12. Januar 2022

Vorlegendes Gericht:

Administrativen sad Veliko Tarnovo (Bulgarien)

Datum der Vorlageentscheidung:

20. Dezember 2021

Klägerin des Ausgangsverfahrens:

DV

Beklagter des Ausgangsverfahrens:

Direktor na Teritorialno podelenie na Natsionalnia osiguritelen
institut – Veliko Tarnovo

Gegenstand des Ausgangsverfahrens

Klage einer bulgarischen Staatsangehörigen gegen die Entscheidung des Direktor na Teritorialno podelenie na Natsionalnia osiguritelen institut (Leiter der regionalen Abteilung des Nationalen Sozialversicherungsinstituts), über die Zurückweisung ihrer Beschwerde gegen die Verfügung, ihr die Gewährung von finanziellen Leistungen bei Arbeitslosigkeit zu versagen.

Gegenstand und Rechtsgrundlage der Vorlage

Auslegung von Teil Zwei Titel III des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft

Art. 267 Abs. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorlagefragen

1) Ist die Bestimmung von Art. 30 Abs. 2 des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft in Verbindung mit dessen Art. 30 Abs. 1 Buchst. a dahin auszulegen, dass die in der zweiten Bestimmung genannten Personen von Art. 31 Abs. 1 des Abkommens persönlich erfasst sind, wenn sie im gesamten Übergangszeitraum ohne Unterbrechung Staatsangehörige eines Mitgliedstaats waren und gleichzeitig den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterlagen oder ist sie dahin auszulegen, dass die Personen nach Art. 30 Abs. 1 Buchst. a des Abkommens nur solange von Art. 31 Abs. 1 erfasst sind, als sie am Ende des Übergangszeitraums und/oder nach dessen Ende als Beschäftigte im Vereinigten Königreich tätig sind?

2) Ist die Bestimmung von Art. 30 Abs. 2 des Abkommens in Verbindung mit dessen Art. 30 Abs. 1 Buchst. c dahin auszulegen, dass die in der zweiten Bestimmung genannten Personen von Art. 31 Abs. 1 des Abkommens erfasst sind, wenn sie als Unionsbürger im gesamten Übergangszeitraum ohne Unterbrechung im Vereinigten Königreich gewohnt haben und gleichzeitig im gesamten Übergangszeitraum bis zu dessen Ende den Rechtsvorschriften eines einzigen Mitgliedstaats unterlagen oder ist sie dahin auszulegen, dass die Personen nach Art. 30 Abs. 1 Buchst. c nicht von Art. 31 Abs. 1 erfasst sind, wenn sie ihren Wohnsitz im Vereinigten Königreich nach Ende des Übergangszeitraums aufgegeben haben?

3) Falls die Auslegung der Bestimmungen von Art. 30 Abs. 2 des Abkommens in Verbindung mit dessen Art. 30 Abs. 1 Buchst. a und c ergibt, dass diese Vorschriften auf den Sachverhalt des Ausgangsverfahrens nicht anwendbar sind, weil ein Unionsbürger seinen Wohnsitz nach Ende des Übergangszeitraums aufgegeben hat, sind dann die Bestimmungen von Art. 30 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 3 des Abkommens dahin auszulegen, dass die im Aufnahmestaat oder im Arbeitsstaat wohnenden oder arbeitenden Personen nicht mehr von der Bestimmung des Art. 30 Abs. 1 erfasst sind, wenn ihre Rechtsverhältnisse als beschäftigte Personen (Arbeitnehmer) beendet wurden und sie in Folge dessen ihr Aufenthaltsrecht verloren und den Arbeitsstaat bzw. den Aufnahmestaat nach Ende des Übergangszeitraums verlassen haben oder sind sie dahin auszulegen, dass die von Art. 30 Abs. 4 bestimmte Einschränkung des Aufenthalts- und das Beschäftigungsrecht betrifft, die nach Ende des Übergangszeitraums ausgeübt wurden, ohne dass es darauf ankommt, wann die Rechte beendet wurden, wenn sie nach Ende des Übergangszeitraums noch bestanden?

Rechtsvorschriften und Rechtsprechung der Europäischen Union

Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft: Art. 2 Buchst. e, Art. 30 Abs. 1 Buchst. a und c sowie Abs. 2

und 3, Art. 31 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2, Art. 32 Abs. 1 Buchst. a Ziff. i, Art. 161, Abs. 1

Art. 2 Buchst. e: bezeichnet der Ausdruck „Übergangszeitraum“ den in Artikel 126 vorgesehenen Zeitraum“.

Art. 30 Abs. 1 Buchst. a: „Dieser Titel gilt für die folgenden Personen: a) Unionsbürger, die am Ende des Übergangszeitraums den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterliegen, sowie ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen;“

Art. 30 Abs. 1 Buchst. c: „Dieser Titel gilt für die folgenden Personen: c) Unionsbürger, die am Ende des Übergangszeitraums im Vereinigten Königreich wohnen und den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats unterliegen, sowie ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen;“

Art. 30 Abs. 2: „Die in Absatz 1 genannten Personen sind erfasst, solange sie sich ohne Unterbrechung in einer der in dem genannten Absatz aufgeführten Situationen befinden, die gleichzeitig einen Mitgliedstaat und das Vereinigte Königreich betreffen.“

Art. 30 Abs. 3: „Dieser Titel gilt auch für Personen, die nicht oder nicht mehr unter Absatz 1 Buchstaben a bis e, sondern unter Artikel 10 dieses Abkommens fallen, sowie für ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen.“

Art. 31 Abs. 1 S. 1: „Auf die unter diesen Titel fallenden Personen finden die Vorschriften und Ziele des Artikels 48 AEUV, der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates Anwendung“.

Art. 31 Abs. 2: „Abweichend von Artikel 9 dieses Abkommens finden für die Zwecke dieses Titels die Begriffsbestimmungen des Artikels 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 Anwendung.“

Art. 32 Abs. 1 Buchst. a Ziff. i: „Die folgenden Vorschriften gelten für die folgenden Fälle in dem in diesem Artikel festgelegten Umfang, soweit sie Personen betreffen, die nicht oder nicht mehr unter Artikel 30 fallen: Für die Zwecke der Geltendmachung und Zusammenrechnung von Versicherungszeiten, Beschäftigungszeiten, Zeiten einer selbstständigen Erwerbstätigkeit oder Wohnzeiten, einschließlich der sich nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 aus diesen Zeiten ergebenden Rechte und Pflichten, fallen die folgenden Personen unter diesen Titel: i) Unionsbürger sowie Staatenlose und Flüchtlinge mit Wohnort in einem Mitgliedstaat und Drittstaatsangehörige, die die Voraussetzungen der Verordnung (EG) Nr. 859/2003 erfüllen und die vor Ende des Übergangszeitraums den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterlagen, sowie ihre Familienangehörigen und Hinterbliebenen;“

Art. 161 Abs. 1: „Legt ein Gericht eines Mitgliedstaats dem Gerichtshof der Europäischen Union eine Frage zur Auslegung dieses Abkommens zur Vorabentscheidung vor, so wird die Entscheidung des nationalen Gerichts, die diese Frage enthält, dem Vereinigten Königreich notifiziert.“

Nationale Rechtsvorschriften

Kodeks za sotsialnoto osiguryavane (Sozialversicherungsgesetzbuch, Bulgarien), mehrfach geändert und ergänzt, in der im DV Nr. 77 vom 16. September 2021 bekanntgegebenen Fassung (**im Folgenden: KSO**):

Art. 54a Abs. 1. Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit haben die Personen für die die Pflichtversicherungsbeiträge für den Fonds „Arbeitslosigkeit“ für mindestens 12 der letzten 18 Monate vor Beendigung der Versicherung einbezahlt wurden und die bei der Arbeitsagentur arbeitslos gemeldet sind; die keinen Anspruch auf Rente aufgrund Versicherungszeiten und Alter in der Republik Bulgarien oder auf Altersrente in einem anderen Staat erworben haben, keine Rente aufgrund Versicherungszeiten und Alter in vermindelter Höhe gemäß Art. 68a oder Berufsrente gemäß Art. 168 beziehen und keine nach diesem Gesetzbuch oder nach den Rechtsvorschriften eines anderen Staates versicherungspflichtige Arbeitstätigkeit ausüben, hiervon ausgenommen sind die Personen nach Art. 114a Abs. 1 des Kodeks na truda (bulgarisches Arbeitsgesetzbuch).

Art. 117 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b Beschwerden wegen Versagung, unrichtiger Berechnung, Änderung oder Einstellung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit sind an den Leiter der zuständigen regionalen Abteilung des Nationalen osiguritelena insitut zu richten.

Art. 119. Die Entscheidungen des Verwaltungsgerichts unterliegen der Kassationsbeschwerde nach den Bestimmungen des Administrativnoprotsesualen kodeks (Verwaltungsprozessordnung, Bulgarien), hiervon ausgenommen sind Entscheidungen, die auf Klagen gegen die Akte nach Art. 117 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchst. b, Buchst. e – bei Beträgen bis 1000 Leva (BGN) – sowie Buchst. f und g ergehen.

Kurze Darstellung des Sachverhalts und des Verfahrens

- 1 Der Akte ist zu entnehmen, dass die Klägerin bulgarische Staatsangehörige ist. Sie war wie folgt bei Arbeitgebern mit Sitz im Vereinigten Königreich beschäftigt: a) Vom 1. Dezember 2014 bis zum 16. Juli 2016 war sie beim Arbeitgeber Mimosa Health Care GL beschäftigt; b) Vom 16. Juli 2016 bis zum 24. Dezember 2018 war sie beim Arbeitgeber Wellburn Care Homes Ltd beschäftigt; c) Vom 20. September 2018 bis zum 2. Februar 2020 war sie beim Arbeitgeber Lfcal Care Force LLP beschäftigt und d) vom 3. Februar 2020 bis zum 29. März 2021 war sie beim Arbeitgeber NHS YORK Teaching Hospital beschäftigt.

- 2 Am 2. April 2021 stellte die arbeitslose Klägerin einen Antrag auf Gewährung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit nach dem nationalen KSO. In ihrem Antrag erklärte die Klägerin, dass ihr Rechtsverhältnis mit dem Arbeitgeber NHS YORK Teaching Hospital zum 29. März 2021 beendet worden sei, weil ihr befristeter Arbeitsvertrag ausgelaufen sei. Weiter gab sie neben anderen relevanten Umständen an, dass sie keinen Anspruch auf Altersrente in einem anderen Staat erworben habe. Dem Antrag war das Dokument über die Beendigung des Arbeitsvertrags zum 29. März 2021 beigelegt. Der Träger, bei dem der Antrag gestellt wurde, setzte mit Verfügung vom 5. April 2021 das Verwaltungsverfahren über die Gewährung von Leistungen bei Arbeitslosigkeit gemäß Art. 54d Abs. 4 KSO aus. Zur Begründung führte er aus, dass ein Nachweis der angegebenen Versicherungszeiten für die Beschäftigung im Vereinigten Königreich erforderlich sei.
- 3 Am nächsten Tag, dem 6. April 2021, übersandte der Träger der Klägerin ein Schreiben, in dem er die Vorlage der folgenden drei Dokumente einforderte: Antrag auf Bescheinigung über Versicherungszeiten und Einkommen durch einen anderen Mitgliedstaat, Formblatt CA3916 gemäß den Anforderungen der zuständigen Behörde in Großbritannien und eine Erklärung zur Bestimmung des Wohnorts im Zusammenhang mit der Anwendung von Art. 65 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004.
- 4 Diese Dokumente wurden zusammen mit weiteren Dokumenten eingereicht, die vom letzten Arbeitgeber ausgestellt wurden, bei dem die Klägerin in Großbritannien beschäftigt war. Sie belegen die oben in Rn. 1 angegebenen Umstände. Eingeleitet wurde ein elektronischer Austausch von Sozialversicherungsdaten zwischen Bulgarien und dem Vereinigten Königreich betreffend ihre Versicherungsakte und die Höhe des erzielten Arbeitslohns.
- 5 Am 16. August 2021 verfügte der Träger der Arbeitslosenversicherung die Wiederaufnahme des Verwaltungsverfahrens zum Antrag der Klägerin und stellte fest, dass sich aus dem im Rahmen des elektronischen Austauschs eingegangenen strukturierten elektronischen Dokument die Versicherungszeiten in Großbritannien und der letzte Zeitraum vom 3. Februar 2020 bis zum 29. März 2021 feststellen ließen, Daten, die für die Prüfung erforderlich seien, ob ein Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit bestehe.
- 6 Am 18. August 2021 erließ der bulgarische Träger der Arbeitslosenversicherung eine Verfügung, mit der über den Antrag entschieden wurde. Unter Berufung auf die Vorschriften von Art. 54g Abs. 1 und Art. 54a Abs. 1 KSO versagte der Träger die Gewährung der beantragten Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Im Einzelnen stützte er sich darauf, dass die Klägerin Versicherungszeiten in Großbritannien vom 8. Dezember 2014 bis zum 29. März 2021 und anschließend keine „bulgarischen“ Versicherungszeiten habe. Art. 30 des Abkommens über den Austritt sei nicht anwendbar, da die Klägerin durch ihre Rückkehr nach Bulgarien die grenzüberschreitende Situation unterbrochen habe, in der sie sich zum 31. Dezember 2020 befunden habe und somit ihre Lage nicht gleichzeitig einen

Mitgliedstaat und das Vereinigte Königreich betreffe. Weiter wurde ausgeführt, dass Art. 32 des Abkommens im Hinblick auf den Erwerb von Ansprüchen auf Sozialleistungen, deren Prüfung in Anwendung des nationalen Rechts erfolge, lediglich die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten regele, die vor und nach dem 31. Dezember 2020 erworben wurden. Im Grunde habe die Klägerin keine Arbeitstätigkeit in Bulgarien ausgeübt, aufgrund deren Beendigung zu prüfen sei, ob sie den Anforderungen des bulgarischen Gesetzes genüge, das den Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit regele.

- 7 Die Klägerin erhob am 7. September 2021 beim Beklagten des Ausgangsverfahrens Beschwerde gegen die Verfügung nach dem im KSO vorgesehenen Verfahren mit der Begründung, dass Art. 30 des Abkommens Fälle wie den ihren regele. Sie führte in ihrer Beschwerde u. a. aus, dass sie Unionsbürgerin sei, die den Rechtsvorschriften von Großbritannien am Ende des Übergangszeitraums unterliege und dass die Verordnung (EU) Nr. 2019/500 vom 25. März 2019 gelte. Auf die Beschwerde hin erließ der Beklagte die Entscheidung, die Gegenstand des Ausgangsverfahrens ist.

Wesentliche Argumente der Parteien des Ausgangsverfahrens

- 8 Die Klägerin trägt sowohl in ihrer Beschwerde als auch vor Gericht vor, dass der Beklagte das Abkommen unrichtig ausgelegt habe. Dessen Art. 30 regele gerade Fälle wie den ihren, da sie bei ihrer Rückkehr nach Bulgarien, ein Mitgliedstaat der Europäischen Union, eine grenzüberschreitende Situation geschaffen habe, die von den Bestimmungen des Abkommens geregelt werde. Sie sei Unionsbürgerin, die den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs am Ende des Übergangszeitraums unterliege. Hätte sie ihre Arbeitstätigkeit im Vereinigten Königreich weiter ausgeübt, wäre ihre Situation nicht grenzüberschreitend, da sowohl die erbrachte Arbeitsleistung als auch der Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterlägen. Gerade deshalb hätten die entsprechenden Behörden des Vereinigten Königreichs das ihrem Antrag beiliegende Dokument zum Nachweis der Tatsachen und Umstände, die die Leistungen bei Arbeitslosigkeit betreffen, ausgestellt.
- 9 In der angefochtenen Entscheidung stellte der Beklagte fest, dass gemäß Art. 54a Abs. 2 Nr. 4 KSO aufgrund eines völkerrechtlichen Vertrags, bei dem Bulgarien Partei sei oder aufgrund der Europäischen Verordnungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit als Versicherungszeiten auch die Zeiten anzuerkennen seien, die nach dem Recht eines anderen Mitgliedstaats anerkannt würden. Entsprechend wurde festgestellt, dass Bulgarien grundsätzlich die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 (aus Gründen der Übersichtlichkeit im Folgenden: Verordnung) sowie die Verordnung (EU) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (aus Gründen der Übersichtlichkeit im Folgenden: Durchführungsverordnung) anwenden müsse.

Aufgrund dieser Feststellung hielt der Beklagte die Kollisionsnorm des Art. 11 Abs. 3 Buchst a der Verordnung für grundsätzlich anwendbar, Ausnahmen hiervon seien in Art. 65 Abs. 2 vorgesehen. Da zum 31. Januar 2020 das Vereinigte Königreich kein Mitgliedstaat sei, sei nach Ende des Übergangszeitraums (nach dem 31. Dezember 2020) das Abkommen anwendbar. Im Hinblick auf die Natur des geltend gemachten Anspruchs sei der persönliche Geltungsbereich derjenige, der in den Vorschriften des Art. 30 festgelegt sei, dabei seien nach der Systemantik der Bestimmung sechs Personengruppen abgegrenzt. Zur Begründung führt der Beklagte aus, dass die Klägerin, wenn sie zuletzt Beschäftigungszeiten (was nicht bestritten wurde) im Vereinigten Königreich vom 3. Februar 2020 bis zum 29. März 2021 habe, unter den Tatbestand von Art. 30 Abs. 1 Nr. 3 des Abkommens falle. Jedoch könne diese Vorschrift nur unter Beachtung von Abs. 2 angewandt werden. Daher bestehe eine grenzüberschreitende Situation nur dann, wenn ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats in einem anderen Mitgliedstaat arbeite. Da das Beschäftigungsverhältnis der Klägerin am 29. März 2021 beendet worden sei, sei die grenzüberschreitende Situation ab dem 30. März 2021 unterbrochen, so dass die Klägerin keine Person im Sinne von Art. 30 Abs. 1 des Abkommens sei. Daher gälten die Vorschriften der Art. 61ff. der Verordnung für die Klägerin nicht. Andererseits erfasse Art. 32 des Abkommens Sonderfälle, die Personen beträfen, die nicht oder nicht mehr von Art. 30 Abs. 1 des Abkommens erfasst seien. Für diese Personen gelte lediglich der Grundsatz der Zusammenrechnung der Versicherungs-, Beschäftigungs- und anderen Zeiten für den Erwerb der Leistungsansprüche. Folglich seien für die Zwecke der Zusammenrechnung dieser Zeiten, die Zeiten, die nach Ende des Übergangszeitraums zurückgelegt wurden, entsprechend der Verordnung zu berücksichtigen, wobei die erfassten Personen Unionsbürger oder britische Staatsangehörige seien, die im Grunde Personengruppen seien, die nur vor dem 31. Dezember 2020 oder vor und nach diesem Zeitpunkt Leistungsansprüche erworben hätten. Für diese sei bei der Prüfung ihrer Rechte nationales Recht anzuwenden, wobei die Beschäftigungs- und Versicherungszeiten im Vereinigten Königreich und die Zeiten, für die nationales Recht gelte, zusammenzurechnen seien. Da hier Versicherungszeiten nach bulgarischem Recht fehlten, sei der Anspruch auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit nicht anzuerkennen und eine derartige Leistung zu versagen. Tatsächlich hat der Beklagte im Hinblick auf sein Schreiben vom 31. August 2021 an die Klägerin seine Zuständigkeit, den Leistungsanspruch der Klägerin anzuerkennen und ihn zu erfüllen, verneint.

Kurze Darstellung der Begründung der Vorlage

- 10 Die im Ausgangsverfahren festgestellten Tatsachen sind unstrittig. Der vom vorlegenden Gericht beschriebene Sachverhalt wird durch die vorliegenden Beweismittel bestätigt. Das Gericht hat Zweifel an der vom Beklagten vorgenommenen Auslegung der Vorschriften des Abkommens. Da das vorlegende Gericht den Streit über die Rechtmäßigkeit der angefochtenen Entscheidung mit einem endgültigen Gerichtbeschluss zu entscheiden hat und im Hinblick auf die

eindeutige Vorschrift des Art. 267 Abs. 3 AEUV bestehen für das Gericht keine Bedenken, um Auslegung der einschlägigen Vorschriften des Abkommens zu ersuchen. Gemäß Art. 161 Abs. 1 des Abkommens ist der Gerichtshof der Europäischen Union für Vorabentscheidungsfragen nach der Auslegung dieses Abkommens zuständig.

- 11 Nach Ansicht des vorlegenden Gerichts ist die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Entscheidung des Beklagten unmittelbar durch die Kollisionsnormen der Verordnung (Art. 61 bis 65a) und die konkretisierenden Normen der Durchführungsverordnung (ihr Kapitel 5) bedingt und hängt von deren Anwendbarkeit für den festgestellten Sachverhalt nach Art. 31 Abs. 1 des Abkommens bzw. von der Anwendbarkeit von Art. 32 des Abkommens nur für die Zwecke der Zusammenrechnung von Zeiten ab, wobei in diese Prüfung auch die Frage nach dem für die Anerkennung des Leistungsanspruchs zuständigen Träger einzubeziehen ist.
- 12 In diesem Kontext ist zunächst anzuführen, dass das vorlegende Gericht Zweifel an der Geltung von Art. 30 Abs. 1 Buchst. c des Abkommens für die Rechtsstellung der Klägerin hat. Der Sinn dieser Bestimmung sowie ihre logische Betrachtung und ihre Wirkung in Bezug auf die Personen führen zum Ergebnis, dass sie Situationen erfasst, bei denen folgende Voraussetzungen kumulativ vorliegen: a) ein Unionsbürger, der zum Zeitpunkt der Anwendung der Bestimmung im Vereinigten Königreich wohnt; b) dieser Unionsbürger unterliegt am Ende des Übergangszeitraums nicht den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs, sondern den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaats; c) diese Regeln gelten auch für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen dieser Personen. Vorliegend folgt aus den festgestellten Tatsachen, dass die Klägerin zumindest am Ende des Übergangszeitraums den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs im Sinne von Art. 31 Abs. 2 des Abkommens in Verbindung mit Art. 1 Buchst. 1 der Verordnung unterlag. In diesem Zusammenhang ist das Gericht der Ansicht, dass die Klägerin von Art. 30 Abs. 1 Buchst. a des Abkommens erfasst wird. Diese Bestimmung verlangt das kumulative Vorliegen zweier Voraussetzungen: a) die entsprechende Person muss zum Zeitpunkt der Anwendung der Bestimmung Unionsbürger sein und b) dieser Unionsbürger muss am Ende des in Art. 126 genannten Übergangszeitraums den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterliegen. Ungeachtet dessen, welcher der beiden Tatbestände die rechtliche Stellung der Klägerin bestimmt, legt sie der Beklagte offensichtlich dahin aus, dass ihre Anwendbarkeit von den Anforderungen des Art. 30 Abs. 2 des Abkommens abhängt. Wie bereits angeführt, hält der Beklagte die von ihm so genannte „grenzüberschreitende“ Situation im Sinne dieser Bestimmung nur dann für gegeben, wenn der jeweilige Staatsangehörige eines Mitgliedstaats in einem anderen Mitgliedstaat arbeitet. Wenn durch die Beendigung dieser Beschäftigung im Vereinigten Königreich diese Situation nicht vorliege, falle die Klägerin nicht mehr in den von den Tatbeständen des Art. 30 des Abkommens erfassten Personenkreis, so dass für sie der Verweis des Art. 31 Abs. 1 nicht gelte. Das Gericht hat Zweifel an dieser Auslegung des Beklagten. Wie bereits ausgeführt sieht Art. 30 Abs. 2 vor, dass

die in Abs. 1 genannten Personen vom Geltungsbereich erfasst sind, solange sie sich ohne Unterbrechung in einer der in dem genannten Absatz aufgeführten Situationen befinden, die gleichzeitig einen Mitgliedstaat und das Vereinigte Königreich betreffen. Der Ausdruck „solange“ sollte nicht dahin auszulegen sein, dass er den Geltungsbereich der Bestimmung auf die Dauer einer Situation begrenzt, in der die beschäftigte Person, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaats ist, die Arbeit im Vereinigten Königreich leistet. Der Sinn und Zweck der Bestimmung und ihre teleologische Auslegung führen vielmehr zu dem Ergebnis, dass die in Art. 30 Abs. 1 Buchst. a genannten Personen vom persönlichen Geltungsbereich der Bestimmung erfasst sind, wenn sie in der gesamten Übergangszeit gemäß Art. 126 des Abkommens gleichzeitig sowohl Unionsbürger sind als auch den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs unterliegen, wobei sich diese Voraussetzungen während diesen zeitlichen Rahmens nicht ändern dürfen und die anschließende Änderung einer der Voraussetzungen keine Auswirkungen auf den persönlichen Geltungsbereich von Art. 30 Abs. 1 des Abkommens hat.

- 13 Es erscheint jedoch möglich, dass die Bestimmung mit dem Ausdruck „solange“ den Zeitpunkt meint, in dem sie ihre Kollisionswirkung entfaltet. Entsprechend läge der Fall, selbst wenn, wie nach Ansicht des Beklagten, die rechtliche Stellung der Klägerin unter die Voraussetzung des Art. 30 Abs. 1 Buchst. c des Abkommens zu subsumieren wäre. Die Auslegung nach Wortlaut und der Zweck des Abkommens lassen schlussfolgern, dass die in Abs. 1 Buchst. c genannten Personen von der Bestimmung im gesamten Übergangszeitraum der Geltung des Abkommens persönlich erfasst sind, wenn sie im gesamten Übergangszeitraum Unionsbürger sind und bleiben, die im Vereinigten Königreich wohnen und gleichzeitig im gesamten Zeitraum nur den Rechtsvorschriften eines und desselben Mitgliedstaats unterliegen. Es ist jedoch möglich, die Vorschrift dahin auszulegen, dass der Ausdruck „solange“ vorschreibt, dass der persönliche Geltungsbereich von Art. 31 Abs. 1 nur bis zu dem Zeitpunkt gilt, bis zu dem die in Abs. 1 Buchst. c genannten Voraussetzungen kumulativ fortbestehen, das heißt, während die Person ein Unionsbürger ist, der als Beschäftigter im Vereinigten Königreich wohnt und gleichzeitig den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats unterliegt. Aus den vorstehenden Gründen ist das vorlegende Gericht der Ansicht, dass der Gerichtshof der Europäischen Union eine zweckdienliche Auslegung der Vorschriften von Art. 30 Abs. 1 Buchst. a und c in Verbindung mit Abs. 2 des Abkommens geben kann.
- 14 Neben dem bereits Dargelegten ist für das vorlegende Gericht die Auslegung von Art. 30 Abs. 3 und 4 des Abkommens im Hinblick auf seine eventuelle Anwendbarkeit auf den festgestellten Sachverhalt im Ausgangsverfahren erforderlich. Anzumerken ist, dass sich der Beklagte zu seiner hypothetischen und/oder ausschließlichen Anwendbarkeit trotz seines subsidiären Charakters nicht geäußert hat. Art. 30 Abs. 3 des Abkommens sieht vor, dass, obwohl eine Person nicht unter Abs. 1 Buchst. a bis e fällt, das Abkommen auch für sie gilt, wenn sie unter Art. 10 fällt (vorliegend erscheint im Hinblick auf den Sachverhalt Abs. 1 Buchst. a einschlägig). Gemäß Art. 30 Abs. 4 sind die in Abs. 3 genannten

Personen vom Abkommen nur erfasst, solange sie weiterhin nach Art. 13 dieses Abkommens ein Recht haben, sich im Aufnahmestaat aufzuhalten, oder das Recht nach Art. 24 oder Art. 25 haben, zu arbeiten. Sollte sich also eine Anwendbarkeit von Art. 30 Abs. 3 des Abkommens ergeben, wäre für das vorlegende Gericht die Auslegung des Geltungsbereichs auch in Verbindung mit Abs. 4 nützlich. Auf dem ersten Blick weisen Sinn und Zweck darauf hin, dass, nachdem das Rechtsverhältnis der beschäftigten Person (Arbeitnehmer) im Vereinigten Königreich beendet wurde und diese Person (Unionsbürger) das Vereinigte Königreich verlassen hat, Art. 30 Abs. 3 des Abkommens nicht mehr für sie gilt, da sie im Hinblick auf die Voraussetzung des Abs. 4 ihr Aufenthaltsrecht im Mitgliedstaat verloren hat, weil der einzige Grund des Aufenthalts in diesem Mitgliedstaat die dort erbrachte Arbeit war. Vertretbar erscheint es aber auch, dass sich die Beschränkung des Abs. 4 auf das Aufenthaltsrecht und das Recht auf Arbeit bezieht, die nach Ende des Übergangszeitraums ausgeübt wurden, ungeachtet dessen, wie lange diese Rechte ausgeübt wurden bzw. davon Gebrauch gemacht wurde, weil die Person ohnehin weiterbeschäftigt und berechtigt war, für eine bestimmte Zeit nach Ende des Übergangszeitraums im Aufnahmestaat zu wohnen und sie für diese Zeit vom Art. 31 Abs. 1 erfasst wird. Aus diesen Gründen wären die Hinweise des Gerichtshofs der Europäischen Union zur Auslegung der angeführten Vorschriften an das vorlegende Gericht für die Entscheidung der Rechtssache nützlich.

- 15 Schließlich ist noch anzumerken, dass der Umstand zu berücksichtigen ist, dass es wegen des Fehlens eines Ersatzeinkommens der Klägerin, das den Verlust des Arbeitseinkommens, das sie durch ihre Arbeit als Beschäftigte im Vereinigten Königreich erzielt hat, ausgleichen könnte, sowie im Hinblick auf die eventuelle Notwendigkeit, den Leistungsanspruch im Vereinigten Königreich fristgerecht und nach den dort festgelegten Voraussetzungen geltend zu machen, das vorlegende Gericht verpflichtet ist, beim Präsidenten des Gerichtshofs zu beantragen, das Verfahren zur Vorabentscheidung nach den Regelungen des Art. 105 der Verfahrensordnung des Gerichtshofs durchführen zu lassen.